



ANFRAGE		Vorlage Nr.:	2016/0729	
Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke)				
vom: 09.11.2016				
Mehrbelastung in der Ausländerbehörde				
Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	13.12.2016	28	x	

1. Wie hoch ist die Anzahl der Fälle, die eine Fachkraft im Durchschnitt betreut:
 - a) Ausländerstelle: je in 2015 und 2016
 - b) Einbürgerungsstelle: je in 2015 und in 2016
2. Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit auf einen Termin bei:
 - a) Ausländerstelle, Beispiel Aufenthaltserlaubnis – je in 2015 und 2016
 - b) Einbürgerungsstelle, Beispiel Beratungstermin – je in 2015 und 2016
3. Wie hoch ist die Zahl der bearbeiteten Fälle bei
 - a) Ausländerstelle, je 2015 und 2016
 - b) Einbürgerungsstelle, je 2015 und 2016
4. Welche Ursachen führten zu der unten zitierten mail der Ausländerbehörde mit der Ankündigung, die Verfahren könnten nicht mehr „in den gewohnten Zeiträumen“ bearbeitet und abgeschlossen werden?
5. Welche Maßnahmen wurden bzw. werden ergriffen, um die unten angesprochen Mehrbelastung der Mitarbeiter/innen zu beseitigen? In welchem Zeitraum soll das geschehen?

Sachverhalt / Begründung:

Seitens der Ausländerbehörde wurde im September 2016 folgende mail-antwort an Kundinnen und Kunden versandt:

„Angesichts der Vielzahl hier täglich eingehender Anfragen, bitten wir um Verständnis dafür, dass die Bearbeitung Ihrer Anfrage einige Zeit in Anspruch nehmen kann. Wie aus den Medien bekannt, gibt es auch in Karlsruhe eine deutliche Zunahme neu Einreisender. Diese erhebliche Mehrbelastung der Ausländerbehörde muss von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufgefangen und bewältigt werden. Die laufenden und künftigen Verfahren können daher nicht mehr in den gewohnten Zeiträumen bearbeitet und abgeschlossen werden. Wir bitten daher, von weiteren Nachfragen - auch telefonisch - abzusehen.“

Leider fehlt in dieser Mail ein Hinweis, dass die Behörde bzw. die Stadt darum bemüht ist, der Überlastung der Mitarbeiterschaft entgegenzusteuern und die Bearbeitungszeiten wieder herunter zu fahren. Hilfesuchende fürchten gelegentlich, dass ihre Verfahren nicht mehr fristgerecht bearbeitet werden.

unterzeichnet von:
Sabine Zürn
Niko Fostiropoulos